

07.10.2020

## Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Rechtsextreme, rassistische und antidemokratische Einstellungen in der Polizei NRW untersuchen und entschlossen bekämpfen!“ (Drucksache 17/11144)

### **Sicherheitsbehörden konsequent gegen rechte Strömungen immunisieren**

#### **I. Ausgangslage**

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ist eine zentrale Aufgabe für die Landes- wie auch die Bundespolitik. Extremistische und terroristische Bestrebungen spalten unsere Gesellschaft und schwächen unsere Demokratie. Daher nimmt die Bekämpfung jeglicher extremistischer Bestrebungen für die NRW-Koalition von CDU und FDP einen sehr hohen Stellenwert ein und ist eine Daueraufgabe. Wegen der unlängst bekannt gewordenen Fälle in den Sicherheitsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen müssen diese Entwicklungen sehr genau und mit hoher Priorität im Blick gehalten werden und um sofortige Maßnahmen ergänzt werden. Schnell und nachhaltig muss es zu Veränderungen kommen.

Eine Bestandsaufnahme der bisherigen Maßnahmen zeigt, dass neben den obligatorischen Maßnahmen wie der Einleitung strafrechtlicher als auch disziplinarrechtlicher Verfahren bereits ein ganzes Bündel an Maßnahmen seit dem Regierungswechsel auf den Weg gebracht wurde. Nach Jahren der Untätigkeit war dies notwendig. So tragen die nach dem Regierungswechsel eingeführten Regelanfragen an den Verfassungsschutz für alle Bewerberinnen und Bewerber vor der Einstellung in den Polizeidienst, die vom Minister des Innern angestoßene Wertediskussion, die Einrichtung von Extremismusbeauftragten in allen Polizeibehörden des Landes sowie die Einrichtung des Polizeibeauftragten dazu bei, extremistischen Bestrebungen in den nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden Einhalt zu gebieten. Allen Beamtinnen und Beamten stehen nunmehr unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung, Hinweise auf rechtsextreme Gesinnungen auch außerhalb des Dienstweges mitzuteilen.

Mit Blick auf den Umfang und das Ausmaß der neuerlich bekannt gewordenen rechtsextremistischen Verdachtsfälle, ausgehend von einer Dienstgruppe des Polizeipräsidiums Essen, muss der bereits eingeschlagenen Weg mit Nachdruck fortgesetzt werden. Rechtsfeindliche oder sogar rechtsextremistische Gesinnungen haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Gerade bei der Polizei sind rechtsextreme Anzeichen und offene Meinungskundgaben mit besonderer Sensibilität zu erkennen und mit Nachdruck, Konsequenz und harter Hand zu verfolgen.

Datum des Originals: 07.10.2020/Ausgegeben: 07.10.2020

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein Sonderbeauftragter „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ mit eigener Stabsstelle eingesetzt, der zum einen ein Lagebild über rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei erstellen und zum anderen ein Handlungskonzept zur frühzeitigen Erkennung von rechtsextremistischen Tendenzen und zur Prävention für die Polizei entwickeln wird.

Aus Sicht der NRW-Koalition sollte die Fortbildung innerhalb der Polizei NRW mit Blick auf den Präventionsgedanken überarbeitet werden. Eine verpflichtende und zielgerichtete regelmäßige Fortbildung aller Bediensteten der Polizei NRW mit obligatorischen Inhalten wie beispielsweise politischer Bildung, Erscheinungsformen extremistischer Bestrebungen, Sensibilisierung für Verhaltensmuster und rechtsextremistischen Einstellungen sind unabdingbar, um die werteorientierte Haltung der Polizei Nordrhein-Westfalen unumstößlich zu sichern. Darüber hinaus ist die bereits angestoßene Wertediskussion um Aspekte wie Dienstkultur, Korpsgeist, Verantwortung sowie die Frage nach dem Zusammenspiel von Zusammenhalt und Kameradschaft zu erweitern. Zu diesen Fragestellungen kann auch wissenschaftliche Expertise einen wichtigen Baustein liefern.

Im Hinblick auf die Personalentwicklung und Personalfürsorge ist die Supervision und Betreuung der Beamtinnen und Beamten in den Blick zu nehmen. Die Ermittlerinnen und Ermittler, die sich mit Kindesmissbrauch und Kinderpornografie auseinandersetzen müssen, erhalten ein umfassendes Fürsorgepaket. Ein ähnliches Paket ist für Beamtinnen und Beamte zu schnüren, die in bestimmten besonders betroffenen Einsatzbereichen tätig sind. Zu nennen sind beispielhaft der Bereich Staatsschutz, Verfassungsschutz, MEK oder SEK. Gleiches gilt aber auch für andere stark belastende Dienststellen. Diese Beamtinnen und Beamten sind für ihren Einsatz und für ihre tägliche Arbeit psychisch sowie mit effektiven Unterstützungsangeboten zu stärken. Die Sicherheitsbehörden müssen gegen rechte Strömungen immunisiert werden.

Im gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus sind die notwendigen Maßnahmen kontinuierlich und fortlaufend weiterzuentwickeln und in ihrer Wirksamkeit zu reflektieren. An diesem Weg hält die NRW-Koalition fest und unterstützt den Minister des Innern in seinem Vorhaben, bereits begonnene wissenschaftliche Untersuchungen fortzuführen und auszuweiten. Denn aus konkreten Untersuchungen können anschließend zielgerichtete Handlungen und Maßnahmen abgeleitet werden.

## **II. Beschlussfassung**

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- regelmäßige, verpflichtende Fortbildungsangebote für alle Bediensteten der Polizei Nordrhein-Westfalen auszubauen, die für eine gefestigte demokratische sowie verfassungstreue Grundhaltung sorgen und relevantes Wissen zu Phänomenen, Erscheinungsformen und Verhaltensmuster vermitteln.
- neue Angebote der Personalfürsorge und -betreuung in Form von Supervision, Mitarbeitergesprächen und Wertediskussionen für besonders betroffene Bereiche einzurichten.
- basierend auf den Erkenntnissen des Lagebilds konkrete Fragestellungen wie beispielsweise die Ursachen und Auswirkungen psychischer Belastungssituationen im täglichen Polizeialltag oder Möglichkeiten des Durchbrechens eines falsch besetzten Korpsgeistes zu analysieren und dabei auch wissenschaftlichen Sachverstand zu nutzen.

- zudem mit Hilfe wissenschaftlicher Expertise die Ursachen, Motive und Belastungssituationen in betroffenen Dienststellen hinter den konkret bekannt gewordenen Fällen in den Blick zu nehmen und auch diese Ergebnisse in die Maßnahmen zur Bekämpfung solchen Gedankenguts einfließen zu lassen.
- alle bisher ergriffenen und künftigen Maßnahmen regelmäßig zu evaluieren, dem Landtag darüber Bericht zu erstatten und ggf. anzupassen.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff  
Gregor Golland  
Dr. Christos Katzidis

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne  
Marc Lürbke

und Fraktion